

## INLAND

## Bundesrat mit «ökonomischem Sachverstand»

**Reaktionen** Wie Politiker Blochers Auftritt einschätzen

HARALD HAMMEL

Vor der Abstimmung vom 5. Juni über das Schengen-Abkommen hatte Justizminister Christoph Blocher durchblicken lassen, dass er im Bundesrat mit seiner ablehnenden Haltung unterlegen war. Man durfte gestern deshalb gespannt sein, wie sich der europakritische SVP-Magistrat zum erweiterten Personenverkehr äussern würde. Blocher, so scheint es, trägt das Ja der Landesregierung diesmal auch persönlich mit – allerdings mit Einschränkungen (vgl. Artikel unten).



Derartige Relativierungen hört Blochers Parteikollegin **Ursula Haller**, die engagiert für die Vorlage eintritt, gar nicht gern. «Wenn Blocher nicht voll vom freien Personenverkehr überzeugt ist,

müssen andere Bundesräte an die Abstimmungsfrent. Bei einem solch wichtigen Geschäft liegt es nicht drin, dass von der Regierung Verunsicherung nach aussen dringt», sagt die Thuner Nationalrätin. Das sieht der Zürcher SVP-Nationalrat **Hans Fehr** anders: «Christoph Blocher hat als einziger Bundesrat eine realistische Einschätzung vorgenommen», sagt der Gegner der erweiterten Personenfreizügigkeit. Blocher habe klargestellt, dass es am 25. September um «eine riskante Sache» gehe. «Bundesrätlich abgeschwächt» habe er zwischen den Zeilen vor höheren Arbeitslosenzahlen gewarnt. Das Kollegialitätsprinzip habe der Justizminister mit seiner Wortwahl aber mit Sicherheit nicht verletzt.

Für **Roberto Colonnello** vom Wirtschaftsdachverband economiesuisse ist klar, dass Blocher «nach einem nüchternen Abwägen der Vor- und Nachteile auch persönlich hinter der Vorlage steht». Deshalb sei auch nicht damit zu rechnen, dass der SVP-Mann – wie vor der Schengen-Abstimmung im Rafzer Feld – ausserhalb des Bundeshauses gegen die Personenfreizügigkeit Stimmung machen werde.



Der Zürcher SP-Nationalrat **Mario Fehr** glaubt, dass der frühere Unternehmer Blocher dem freien Personenverkehr aus ökonomischen Überlegungen viel positiver gegenüberstehe, als er dies nach aussen zeige. Doch der immer stärker werdende nationalistische Flügel innerhalb der SVP hindere ihn an einem entschlosseneren Auftreten. Auch der Schaffhauser FDP-Nationalrat **Gerold Bühler** spricht Blochers Sandwich-Position zwischen Wirtschaft und Politik an: «Der ökonomische Sachverstand überwiegt das Politische in diesem Fall.»



Der Berner Unternehmer und FDP-Nationalrat **Johann Schneider-Ammann** ist «erleichtert» über Blochers Ja, aber nicht überrascht, denn: «Als früherer Wirtschaftskapitän kann

er die negativen Folgen eines begrenzten Personenverkehrs genau abschätzen.» Dass er hingegen auch auf die Schwachstellen der Vorlage hinweise, sei «nur korrekt.» Zufrieden mit dem Justizminister zeigt sich auch SP-Präsident **Hans-Jürg Fehr**. Christoph Blocher bewege sich auf der bundesrätlichen Linie. Für



CVP-Generalsekretär **Reto Nause** ist allein Blochers Bekenntnis zum bilateralen Weg entscheidend. Auf die Nebentöne komme es nicht an.

# «Prominente Gegner sind wichtig»

**Interview** Politologe Andreas Ladner zur Ausgangslage bei der Personenfreizügigkeit

*Gestern trat der Bundesrat auf, heute und morgen sind Wirtschaftskomitees an der Reihe, erst am Freitag die Gegner der Personenfreizügigkeit. Dass diese bisher eher Unbekannte sind, schade der Vorlage, sagt der Politologe Andreas Ladner.*

CORINNA HAURI

*Prominente Leute setzen sich für die Personenfreizügigkeit ein. Im überparteilichen Gegnerkomitee sitzen hingegen wenig bekannte Politiker. Haben die Gegner so überhaupt eine Chance?* **Andreas Ladner:** Grundsätzlich ist es so: Je wichtiger die Leute sind, die sich engagieren, umso gewichtiger ist die Kampagne. Wenn sich nicht die erste Garde der Politiker im Gegner-Komitee engagiert, hat man sie nicht überzeugen können, dass die Abstimmung wichtig ist. Oder die Prominenten sind nicht wirklich gegen die Personenfreizügigkeit.

*Könnte die Gefahr bestehen, dass man die Gegner deshalb unterschätzt?*

**Ladner:** Das glaube ich nicht. Doch mit diesem kleinen und unbekanntem Gegnerkomitee ist fraglich, ob überhaupt ein Diskurs stattfinden wird. Das ist nicht ganz unproblematisch.

*Warum?*

**Ladner:** Ohne Auseinandersetzung mit Exponenten beider Seiten findet der Meinungsbildungsprozess nicht statt. Die Argumente kommen nicht auf den Tisch und können nicht diskutiert werden. Damit wird immer wieder das Gleiche wiederholt. Die Wähler werden sagen: «Wir hören immer dieselben Argumente von den Politikern» und glauben ihnen nicht.

*Damit haben die Gegner gute Karten.*

**Ladner:** Sie erhalten zumindest eine Chance. Sie können im richtigen Moment mit einem neuen Argument kommen. Wer nach einer langen Kampagne mit den immer gleichen Argumenten plötzlich etwas Neues hört, lässt sich schnell verunsichern.

*Auch in der SP gibt es Gegner der Personenfreizügigkeit. Diese wurden aber ruhig gestellt und somit fehlt auch dort die Diskussion. War das also die falsche Taktik?*

**Ladner:** Es ist unbefriedigend, wenn keine Auseinandersetzung stattfindet. Es ist das entscheidende Element der direkten Demokratie, dass Argumente diskutiert werden und die Leute abwägen können, was spricht dafür und was spricht dagegen. So kann man sich von einer Seite überzeugen. Auch zeitlich liegt die Abstimmung ja ungünstig...

*... weil die Sommerferien dazwischen sind?*

**Ladner:** Das ist nicht ideal. Im Sommer ist das Interesse an Politik kleiner.

*Wurde das Abstimmungsdatum mit dem 25. September also falsch gelegt?*

**Ladner:** Es ist relativ früh. Man hat zwar nach den Sommerferien noch Zeit, doch es wird schwierig werden, die Kampagne in Gang zu bringen und die Argumente über eine längere Zeit gegeneinander abzuwägen.

*Man hat oft gehört, der Abstimmungskampf um Schengen/Dublin sei zwar heftig gewesen, derjenige um die Personenfreizügigkeit werde aber noch heftiger sein. Wie sehen Sie das?*

**Ladner:** Ich denke, dass die Personenfreizügigkeit bessere Startbedingungen hat. Die SVP ist gespalten, das Befürworterlager geht bis weit in die Mitte-Rechts-Parteien hinein, die SP kann ihre Leute ein- oder zurückbinden...

*... dann haben die Befürworter die Abstimmung also schon gewonnen?*

**Ladner:** Die Ausgangslage für die Personenfreizügigkeit ist tatsächlich nicht so schlecht. Aber dass die prominenten Gegner fehlen, ist eher negativ als positiv für die Abstimmung.



**Andreas Ladner** (48) ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft und Assistenzprofessor am Kompetenzzentrum für Public Management der Uni Bern.

## Christoph Blocher: Das genau sagte er gestern

**Personenfreizügigkeit** «Wir geben keine Stimmenverhältnisse aus dem Bundesrat bekannt»

*Bundesrat Blocher empfiehlt die Abstimmungsvorlage vom 25. September zur Annahme. Seine gestern vor den Medien gehaltene Rede in Auszügen:*

«Meine Damen und Herren, es geht darum, dass wir im September darüber abstimmen in der Schweiz, ob auch gegenüber den neuen zehn EU-Staaten die Personenfreizügigkeit gewährleistet werden könne oder nicht.

Wo stehen wir heute? Wir haben mit den 15 Staaten bereits die Freizügigkeit. Allerdings sind wir noch im Vorstadium. Dort beginnt sie erst Mitte 2007 voll zu laufen, wir haben heute noch Kontingente, wir haben bis 2004 noch den Inländervorrang gehabt. Man wird also dann ab 2007 gegenüber den 15 Ländern volle Personenfreizügigkeit haben. Gegenüber den zehn neuen Ländern haben wir im Jahr 2005 mit 900 Kontingenten – Sie sehen: mit einer tiefen Zahl von Jahresaufenthaltern – begonnen. Wir steigern diese Zahl bis 2011 auf 3000, also relativ geringe Kontingente. Und dann bei den Kurzaufenthaltern 9000 bis 27 000, also ebenfalls wenige. Die Frage ist, wie sich das 2011 auswirkt. Das ist die Situation.

Sie sehen, die Vorsichtigkeit, mit der man hier ans Werk geht, zeigt, dass die Personenfreizügigkeit ein Wagnis darstellt. Man muss es auch so beurteilen, sonst macht man in der Zukunft Fehler. Wenn man hier grosse Fehler macht, dann hat man Störungen auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Arbeitslosigkeit. Dass es eine gewagte Geschichte ist, das sehen Sie an diesen Schutzvorkehrungen, die hier getroffen werden.

Welche sind dies? Erstens die Kontingente. Bei den 15 Staaten gehen die bis 2007. Dann ist dort die Personenfreizügigkeit gewährleistet. 15 000 pro Jahr sind die Festkontingente. 2004 ist in der Schweiz der Inländervorrang abgeschafft worden, und seither werden diese 15 000 Gesuche ausgeschöpft. Es ist zu anerkennen, dass der Druck relativ stark ist auf diese Kontingente. Wir vergeben sie quartalsweise, im Juni waren sie bereits in den ersten Tagen ausgeschöpft. Der Bundesrat hat beschlossen, nicht über diese Kontingente hinauszugehen, selbst wenn ein grösserer Bedarf vorhanden wäre.

Nun, bei den zehn neuen Staaten geht es länger, dort haben wir den Inländervorrang bis 2011, und Kontingente maximal 3000 dann im Jahr 2011. Zweite Schutzvorkehrung neben den Kontingenten und dem Inländervorrang ist eine neue Beurteilungsmöglichkeit 2009. 2009 haben wir das



Im Zentrum der Medien Bundesrat Christoph Blocher.

YOSHIKO KUSANO/KEY

Recht, das neu zu beurteilen und allenfalls die Übung abzubrechen, wenn sie nicht erfolgreich ist. Und zwar gilt das gegenüber allen 25 Staaten. Hier ist auch gegen diesen Beschluss das Referendum möglich, also allenfalls hat das Volk die Möglichkeit, das neu zu beurteilen. Sollten sich bereits Störungen ergeben nach 2007, so gibt es für die 15 alten Länder eine Ventilklausel, man kann dann wieder Kontingente einführen. Das Gleiche gilt für die zehn neuen Länder, zwischen 2011 und 2014,

nachher ist dann die Personenfreizügigkeit gewährleistet.

Für Selbstständigerwerbende gilt eine Übergangszeit, für besonders heikle Gewerbe haben wir hier eine Übergangszeit wie die übrigen EU-Staaten vereinbaren können. Dann ist der Inlandteil, das wird Herr Kollege Deiss sagen, hier haben wir die flankierenden Massnahmen.

Eine wichtige Restriktion ist das neue Ausländergesetz. Das neue Ausländergesetz sieht ausdrücklich vor: er-

schwerte Arbeitsbedingungen für alle ausserhalb der EU liegenden Länder. Wir haben das heute bereits auf dem Verordnungsweg eingeführt. (...)

All diese Massnahmen sollten dazu führen, dass das Problem der steigenden Arbeitslosigkeit, des zu starken Lohndrucks nicht stattfindet. Nun, der Bundesrat ist der Meinung, dass man diese Freizügigkeit einführen soll, und ich bin auch der Meinung, dass man dieses Wagnis wagen kann. Aber man sollte nicht in zu grosse Euphorie gehen. Das Ganze hängt natürlich von zwei Dingen ab. Erstens von der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz. Wenn die sehr gut ist, ist das kein Problem, diese Kontingente zu verkraften, und auch die Personenfreizügigkeit.

Zweitens die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Staaten. Das hängt miteinander zusammen. Die neuen EU-Staaten – darum ist man heute so streng mit den Kontingenten – haben heute einen grossen Abstand zur Schweiz. Wenn sie mit dieser Wirtschaftspolitik, die die neuen Staaten hier haben – das sind ausserordentlich fortschrittliche Massnahmen, die ein grosses Wachstum gewährleisten, dann sollte bis ins Jahr 2011 der Einwanderungsdruck aus diesen Staaten nicht mehr so gross sein. Natürlich, wenn diese wirtschaftlichen Entwicklungen ganz anders laufen, wird man das neu beurteilen müssen. Wie gesagt, dann hat man noch eine Ventilklausel 2014.

Damit sollten auch die Arbeitskräfte, die die Schweiz braucht bei hohem Wirtschaftswachstum, zur Verfügung gestellt werden können. Und wenn diese Staaten Fortschritte machen, was heute so aussieht, sollte das Risiko nicht allzu gross sein. Darum empfiehlt auch der Bundesrat, dieser Personenfreizügigkeit zuzustimmen. Ich meine, dieses Wagnis sollte man eingehen.

**Journalistenfrage:** War der Bundesrat diesmal nicht geschlossen oder war er einstimmig?

**Blocher:** Ich würde sagen, wir geben keine Antwort darauf. Man kann ja nicht jedesmal fragen: War es einstimmig oder war es nicht einstimmig? Wir geben keine Stimmenverhältnisse bekannt.

**Frage:** Nur weil das ja letztes Mal ein Problem war bei Schengen?

**Blocher:** Das ist diesmal kein Problem. Wir sagen nicht, wie es war. Aber der Bundesrat vertritt die Mehrheit.

**Frage:** Ist jetzt diese Veranstaltung in Ordnung für Sie? Müssen wir jetzt nicht wieder auf einer freien Wiese wieder eine Philippika anhören?

**Blocher:** Warten Sie mal ab. Für den «Blick» habe ich jederzeit wieder etwas.